

Dieser Artikel ist Teil des
Open Source Jahrbuchs 2007

Bernd Lutterbeck
Matthias Bärwolff
Robert A. Gehring (Hrsg.)

Open Source
Jahrbuch 2007

Zwischen freier Software und Gesellschaftsmodell

erhältlich unter www.opensourcejahrbuch.de.

Die komplette Ausgabe enthält viele weitere interessante Artikel. Sie können diesen und andere Artikel im Open-Source-Jahrbuch-Portal kommentieren oder bewerten: www.opensourcejahrbuch.de/portal/. Lob und Kritik sowie weitere Anregungen können Sie uns auch per E-Mail mitteilen.

Linux fensterlt in der Verwaltung

STEFAN KREMP^{*}



(CC-Lizenz siehe Seite 563)

Der öffentliche Sektor entwickelt sich zum Treiber für Open-Source-Projekte, doch Microsoft hält mit konstanten Lobby-Bemühungen dagegen: Die Stadt München und das Auswärtige Amt sind die Eisbrecher im Verwaltungssektor beim Abdocken von Microsoft. Sie gelten als anschauliche Beispiele dafür, dass es ernsthaftere Alternativen zu den von Redmond vorgegebenen Update-Zyklen gibt, dass sich Lizenzkosten sparen und klamme Haushaltskassen entlasten lassen. Die Redmonder sind aber immer wieder für eine Überraschung im Kampf gegen den ungeliebten Wettbewerber Linux gut. So versuchen sie etwa, die Befürworter von Open Source mal übers Vergabe- und mal übers Patentrecht stolpern zu lassen.

Schlüsselwörter: Öffentliche Verwaltung · Lobbying · Auswärtiges Amt · Microsoft · LiMux

1 Einleitung

Es dauert ein Weilchen, bis das System an dem Rechner im EDV-Amt der Stadt München unweit des Stachus sich auf den fremden Benutzer eingestellt und die richtigen Konfigurationen gefunden hat. Doch dann taucht der Begrüßungsbildschirm mit einem Panoramabild der Altstadt mit Blick auf das Rathaus sowie Theatiner- und Frauenkirche, einem Pinguin mit jahreszeitlich passendem Snowboard und dem Hinweis „Der LiMux-Basisclient wird gestartet“ über einem Balken auf, der den Stand des Bootvorganges wiedergibt. Mit zwei weiteren Mausklicks öffnet Florian Schießl vom LiMux-Projektbüro der bayerischen Landeshauptstadt das Textverarbeitungsprogramm *OpenOffice.org* und zaubert einen Briefkopf auf den Schirm, der auch an dem von ihm normalerweise nicht genutzten Arbeitsplatz alle seine persönlichen Adressdaten bis hin zu den korrekten Verkehrsanschlüssen für seinen Amtssitz enthält.

* Der Autor dankt Bastian Zimmermann für die wertvolle Vorarbeit zu diesem Artikel. Auf ihn gehen die ursprüngliche Initiative für diesen Text und die Kontakte zu vielen Interviewpartnern zurück.

Anfang des Jahres 2007 läuft Linux nebst freier Software für die Internetnutzung und einer Open-Source-Office-Suite in einer eigens erstellten Client-Version auf rund 400 Desktops in München im produktiven Einsatz. Das Revisionsamt der Stadt zog im Herbst 2006 vollständig auf die Linux-Variante *LiMux* um. Auch die komplette Stadtspitze samt Oberbürgermeister Christian Ude und Bürgermeisterin Christine Strobl gehört zu den Pionieren, deren E-Mails am Ende ein dezenter Hinweis zielt: „Würde von einem LiMux-Arbeitsplatz aus versandt.“ Bis zum Jahresende sollen es 1 500 Rechner sein, auf denen freie Software Windows und *Microsoft Office* ablöst. Danach sollen nach und nach bis Mitte 2009 gut 80 Prozent der etwa 14 000 PCs in den Behörden der Hauptstadt mit Herz auf *LiMux* umgerüstet werden. Den Schwerpunkt sieht der EDV-Chef Münchens, Wilhelm Hoegner, dabei zunächst noch auf der Office-Migration auf Basis des vorhandenen *Windows NT*. Bis Mitte 2008 erwartet er aber „den großen Run in Sachen Betriebssystemwechsel“.¹

„Für den normalen Anwender ändert sich wenig“, hat Ude seine ersten Kontakte mit dem neuen Softwarepaket zusammengefasst. Die Frankfurter Rundschau zitiert eine enge Mitarbeiterin des SPD-Politikers, die seit dem Start der inzwischen abgeschlossenen Pilotphase im Juli „den OB nicht über seinen Rechner fluchen hören“ habe. Die Verwaltungsrätin selbst vermisst aufgrund eigener Erweiterungen die Tabellenkalkulation *Excel* aus *Microsoft Office*, mit der sie die Termine ihres Chefs verwaltet habe. Andererseits biete das neue System „nette zusätzliche Funktionen“ wie gelbe Notizzettel. Insgesamt könne sie weder eine Verbesserung noch eine Verschlechterung feststellen. Oft in Anspruch genommen habe sie anfangs die extra eingerichtete, zu Bürozeiten ständig besetzte Hotline. Die Nummer zur Verhinderung von Fehlstarts in die leicht veränderte Computerwelt steht auf einem Aufkleber an ihrem Schreibtisch, der das Pinguin-Maskottchen „Mux“ in einem Flieger zeigt. Nach wenigen Tagen habe sie sich aber mit den Neuerungen angefreundet gehabt.

„Obwohl einige Standardprogramme sehr ähnlich sind, kann es in den ersten Tagen Anlaufprobleme geben, weil die Menschen eine ganz bestimmte Erwartungshaltung gegenüber dem Arbeitsgerät Computer entwickelt haben“, erklärt Jens Barth, Leiter des Teilprojekts Linux-Client. „Aber das wird sich schnell legen und sie werden merken, dass die Computer ihre Aufgaben genauso – oder in manchen Belangen sogar besser – erledigen und auch einfach zu bedienen sind.“ Der Basisclient, für dessen Programmieren die mittelständischen Firmen *Softcon* und *Gonicus* im April 2005 den Zuschlag nach einer europaweiten Ausschreibung erhalten hatten, setzt vor allem auf der Linux-Distribution *Debian GNU/Linux 3.1* auf und nutzt den Desktop *KDE 3.5* sowie *OpenOffice.org 2.0*. Als E-Mail-Programm kommt *Thunderbird*, zum Surfen *Firefox* zum Einsatz.

Mit der Software *Wollmux*, einem System für Textbausteine und Briefvorlagen, werden sich laut Barth zudem künftig Dokumente komfortabler erstellen und For-

1 Zur Linux-Migration der Stadt München siehe auch den Artikel von Wilhelm Hoegner (2006) im Open Source Jahrbuch 2006.

mulare einfacher ausfüllen lassen als bisher. Das Programm ist in *Java* geschrieben und somit plattformunabhängig ausgerichtet, wobei es im LiMux-Client konkret mit *OpenOffice.org* zusammenarbeitet. Es zieht die speziellen Benutzer- und Organisationsdaten aus einem zentralen Verzeichnis und erstellt Kopfbögen einem übergreifend vorgegebenen Corporate Design gemäß. Auch eigene Anpassungsarbeiten durch die Entwickler sind Barth zufolge leichter zu bewerkstelligen. Darüber hinaus gebe es natürlich noch das politische, vom Stadtrat ausgegebene Ziel, dank Linux „unabhängig zu sein von Monopolisten wie etwa Microsoft“.

2 Applikationen wandern ins Web

Der Weg bis zur Umrüstung der ersten PCs auf freie Software war lang, mühsam und schwer umkämpft. „Wir haben den Aufwand unterschätzt, sind in manchen Punkten nicht so schnell vorangekommen und von manchen Unterstützern enttäuscht worden“, erinnert sich Hoegner nach der anderthalb Jahre dauernden Entwicklung des Clients. Er habe manchmal Momente, in denen er sich frage, „was ich mir für Ärger hätte ersparen können“. Detailprobleme habe es etwa bei der Steuerung der Infrastruktur, der Verteilung der neuen Applikationen und der automatischen, skriptgesteuerten Übernahme von Profilen für einzelne Nutzergruppen mit unterschiedlichen Zugriffsrechten auf die Rechner gegeben. Mit viel Aufwand sei nun aber ein tragfähiges Konzept vorhanden, um eine Migration in dieser Größenordnung zu bewältigen. Das Aufspielen des Clients und die Rechteverwaltung seien inzwischen „optimal steuerbar“.

„Andere Sachen laufen von Anfang an überraschend gut“, freut sich Hoegner. So seien etwa viel mehr Firmen bereit, Linux allgemein als Alternative auf dem Desktop zu sehen und auf Web-Applikationen zu setzen. München habe hier insbesondere bei Firmen mit Fachanwendungen, die als besonderes Hindernis bei jeder Migration hin auf Open Source gelten, eine „Eisbrecherfunktion“ gehabt. Die Verwaltung selbst sei bei einer Zählung vor der Umstellung auf 120 eigene und 160 fremde Fachverfahren gekommen. Von den insgesamt 280 Anwendungen liefen Hoegner zufolge Anfang 2007 bereits rund die Hälfte unter Linux. Dazu würden Großrechnerverfahren genauso zählen wie E-Mail, Terminkalender, Bürosoftware, Texteditoren oder Geoinformationssysteme für die Vermessungstechnik. Besonders freut sich der Elektrotechniker, dass *SAP* inzwischen betriebssystemunabhängige Clients in der Software *ERP5* mit identischem Funktionsumfang wie bisher zur Verfügung stelle. Damit sei eine gleichberechtigte Integration von *OpenOffice.org* mit dem Warenwirtschaftssystem möglich.

Ziel ist es nun in München, neue Fachapplikationen möglichst nur noch im Web zu haben. Aber auch für alle alten Verfahren gebe es eine Umstellungsstrategie, versichert Hoegner. Notfalls müsse man dabei Terminlösungen als Brücken zwischen proprietären und offenen Welten einsetzen, obwohl diese verhältnismäßig teuer sei-

en, gewisse Netzbandbreiten benötigten und nur mit hohem Personalaufwand an den Start zu bekommen und zu pflegen seien. Einzelne Firmen wie *Autodesk* oder *Esri* würden sich zudem schlicht weigern, Lizenzen für den Terminalbetrieb ihrer Konstruktionssoftware zu erteilen. „Ich vermute sehr stark, dass Microsoft dabei seine Finger im Spiel hat“, ärgert sich Hoegner. Die Umstellung der entsprechenden Softwarebestandteile von 20 Arbeitsplätzen im Designbereich werde daher wohl am längsten dauern. Ansonsten gebe es noch die Möglichkeiten, mit Emulatoren oder Virtualisierungssoftware wie *WINE* oder *VMware* zu arbeiten für Übergangslösungen, bis native Linuxanwendungen oder Java-orientierte Applikationen auf dem Client oder Browser-orientierte Serververfahren vorhanden seien.

3 Ballmer ante Portas

Trotz der Reibereien wegen der CAD-Software bezeichnet Hoegner das Verhältnis zu Microsoft inzwischen als entspannt bis kaum noch vorhanden. Der Softwaregigant selbst habe die Münchner Migrationspläne Anfang 2003 mit Symbolwert versehen, indem Geschäftsführer Steve Ballmer kurzfristig aus der Schweiz zu einem mehr oder weniger diktierten Gespräch mit dem Oberbürgermeister ins Rathaus geeilt sei. Zuvor habe es in der Deutschland-Filiale in Unterschleißheim direkt vor den Toren Münchens noch geheißt, „wegen eurer 10 000 Arbeitsplätze machen wir uns doch nicht krumm“, rekapituliert Hoegner. „Ihr habt alles auf *NT* fokussiert, da könnt ihr eh nicht runter“, habe es damals geheißt. Zuvor habe er bei der Vorstellung eines neuen Preismodells für Microsoft-Software, bei dem die Verwaltung sehr viel mehr als bisher hätte bezahlen müssen, noch halb scherzhaft gefragt, ob man damit rechne, dass die Stadtoberen die Alternative Linux näher beleuchten könnten. Erst als der Stadtrat eine wirtschaftliche Prüfung eben einer solchen weitgehenden Ablösung von Microsoft verlangte und eine gesamtwirtschaftliche Betrachtung des Beratungshauses *Unilog* mit den Stadtreferaten die Risiken eines Wechsels für überschaubar hielt und bei einer strategischen Betrachtung Linux empfahl, habe dies Ballmer auf den Plan gerufen und das Vorhaben ins Licht der Öffentlichkeit gerückt.

Als „irritierend“ empfindet Hoegner noch immer die sture Haltung des für seine Hartnäckigkeit bekannten Microsoft-Geschäftsführers, nicht im Lizenzpreis nachgeben zu wollen. Stattdessen habe Ballmer kostenlose Personalleistungen etwa für die Umrüstung von Verzeichnisdiensten angeboten, die in München aber eh nicht vorhanden gewesen seien. Erst später sei noch die Offerte gekommen, die Textverarbeitung *Word* im größeren Umfang separat ohne Bündelung mit Microsofts kompletten Office-Paket zu lizenzieren. An dieser Stelle seien aber die Open-Source-Verfechter *IBM* und *SUSE* ins Spiel gekommen, die mit den Nachweis erbringen wollten, dass Linux auf einem Verwaltungsarbeitsplatz funktioniert.

Genau erinnert sich der EDV-Chef zudem an den „einmaligen Vorgang“, dass Microsoft bei der entscheidenden Stadtratssitzung „in den Vorräumen anticham-

brierte“ und die Stadtväter in letzter Minute doch noch zu einer Migration hin zu *Windows XP* überzeugen wollte. Dies habe zumindest in der SPD aber die Ansicht verfestigt, dass eine strategische Lösung mit dem Versprechen von größerer Unabhängigkeit von einem einzelnen Hersteller und besseren Steuerungsmöglichkeiten der verwendeten Software und ihrer Updates der vorteilhaftere Weg sei. Zudem hätten Sicherheitsbedenken gegen die Microsoft-Software mit den Ausschlag gegeben. Die Redmonder haben Hoegner zufolge „keinen Nachweis zur Eignung ihres Betriebssystems für die sachgerechte Verarbeitung personenbezogener Daten erbracht, die bei uns aber Tagesgeschäft ist.“

Nach dem Grundsatzbeschluss zur Migration, dem sich allein die CSU aus Protest gegen das rot-grüne Münchner Regierungsbündnis widersetzte, sei der Kontakt zu Microsoft zunächst ziemlich zusammengebrochen, berichtet Hoegner weiter. Erst nach einem halben Jahr habe sich wieder einmal jemand aus Unterschleißheim gemeldet und gefragt, „ob wir überhaupt weiterkommen“. Microsoft habe sich dann sogar neben 33 Kleinunternehmen in der ersten Stufe am Ausschreibungsverfahren für den LiMux-Client beteiligt, ergänzt Projektmitarbeiter Schießl. In diesem Rahmen hätte der Konzern die Stadtverwaltung bei allen verbleibenden Problemen und bei der Komplettintegration der Migration unterstützen wollen – aber natürlich rund um *Windows*-Arbeitsplätze. Damit wäre München aber nicht gedient gewesen, begründet Schießl das Ausscheiden Microsofts vor der zweiten Runde. Der damalige Chef von Microsoft Deutschland habe später zugestimmt, im Bereich Terminal-Services und Fachverfahren stärker mit München zusammenarbeiten zu wollen, führt Hoegner weiter aus. Letztlich habe er aber nur Lizenzkosten mitgeteilt „und nichts hingestellt an Terminalservern“.

4 Stolperfalle Vergaberecht?

Gleichzeitig sei von Microsoft die Klage erhoben worden, in den Ausschreibungen für die Migration benachteiligt worden zu sein, kommt Schießl auf eine weitere Finte der unterlegenen Partei zu sprechen. Zu dieser Zeit, Ende 2004, versuchte Microsoft in Kooperation mit dem Bundesverband Digitale Wirtschaft, generell eine Debatte in Gang zu bringen, wonach die Einführung freier Software in der Verwaltung übers Vergaberecht stolpern könnte. So vertrat Dirk Heckmann (2004), Professor für Öffentliches Recht an der Universität Passau, die These, dass staatliche und kommunale Verwaltungen „nicht wissentlich Anbieter ausschließen dürfen“. Eine ausdrückliche Anforderung von Produkten wie Linux oder eine bedarfsorientierte Leistungsbeschreibung widerspreche „im Regelfall“ dem Gebot einer neutralen Ausschreibung. München warf er vor, „keine Bedarfsermittlung im Vorfeld“ durchgeführt zu haben. Open-Source-Verfechter hielten dagegen, dass die Diskussion nach hinten losgehe, da in der Praxis in 60 Prozent der Ausschreibungen proprietäre Lösungen verlangt würden.

Für München stellt Schießl ferner klar: „Wir hatten drauf geachtet, dass wir nicht Open Source in die Ausschreibung schreiben. Wir wollten bewusst nicht in eine Rechtsunsicherheit tappen.“ Bei einem Vortrag Heckmanns im bayerischen Innenministerium habe er den Professor auf seine Thesen hin angesprochen und die Auskunft erhalten, dass dieser „keine unserer Ausschreibungen gelesen hat“. Heckmann habe eingeräumt, Angebote von Microsoft zur Finanzierung von Studien in diese Richtung erhalten zu haben, diese aber nie angenommen zu haben.

Als „Riesensauerei“ bezeichnet Hoegner letztlich den Versuch einer Führungskraft in der Berliner Senatsverwaltung im Sommer 2006, die Linux-Migration als Fehlschlag zu bezeichnen. Der Berliner IT-Staatssekretär Ulrich Freise hatte damals im Abgeordnetenhaus die angebliche Ansage eines hochrangigen Beamten der Stadt München zum Besten gegeben, dass „wir leider an der Wirklichkeit gescheitert sind“. Keineswegs würden demnach alle Anbieter ihre Fachverfahren neu stricken. Alles andere sei Wunschdenken und vergleichbar damit, dass „Coca-Cola seine Rezeptur“ freigibt. „Wir haben versucht, zu recherchieren, wo das herkommt“, erklärt Hoegner. Zu einem klaren Ergebnis sei man bis heute aber nicht gekommen. Auf eine Beschwerde unter Genossen an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, sei nur ein „nichtssagendes Schreiben zurückgekommen“. Zuvor habe es eine Anfrage aus der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus gegeben in Richtung Erfahrungsaustausch. Daraufhin habe man die aktuellsten Vorträge und Unterlagen zur Verfügung gestellt. Aus einem angekündigten Besuch der Berliner Kollegen in München sei aber nichts geworden.

Die Linux-Revoluzzer aus der bayerischen Hauptstadt bekamen zudem mit, dass Microsoft den ehemaligen Berliner Wirtschaftssenator Wolfgang Branoner (CDU) verpflichtete, um nicht nur im Senat der Bundeshauptstadt, sondern allgemein im öffentlichen Bereich auf Länderebene Lobbying für Windows und Redmond zu betreiben sowie Verkaufsgespräche zu führen. Es sei sonst nicht üblich, jemand aus dem öffentlichen Dienst für einen solchen Job anzuheuern, schüttelt Hoegner den Kopf über diesen weiteren Schachzug. In anderen Städten sei Microsoft dann auch sehr wohl mit dem Preis heruntergegangen, weiß der EDV-Chef von Rechenzentrumskollegen. „Die sind uns sehr dankbar, dass wir das auf die Spitze getrieben haben“, sagt Hoegner mit einem lachenden und einem weinenden Auge, da damit der Druck zum Wechseln auf Linux in anderen Kommunen schwächer werde. Insgesamt habe Microsoft begonnen, das Open-Source-Lager ernster zu nehmen und von der „Überheblichkeit“ aufgrund des hohen Marktanteils etwas abzugehen. „Die haben eine ganze Reihe von Aktivitäten entwickelt, XP beispielsweise gründlich in Sachen Sicherheit durchleuchtet und deutlich nachgebessert“, konstatiert Hoegner. „Das reicht vielleicht nicht aus, aber sie haben einen deutlichen Schwerpunkt auf eine ordentliche Benutzerverwaltung und die Abgrenzung von Funktionen gelegt.“

2007 ist für Schießl dennoch das „Jahr der Migration“, da es nun um Vista oder eine Alternative gehe. „Es wird Bewegung geben“, ist sich der Linux-Experte sicher.

Viele würden sich jetzt überlegen, „einen weiteren Schritt in Richtung Unabhängigkeit zu gehen“ und Linux nach dem Serverbereich auch auf dem Desktop in Erwägung zu ziehen. Bis zur Mitte des Jahres werde man daher genau darüber nachdenken, inwieweit es sinnvoll wäre, den LiMux-Client und *Wollmux* unter der *GNU General Public License (GPL)* zu veröffentlichen und anderen Gemeinden damit den Schritt zur Loslösung von Windows zu erleichtern. Problematisch sei dabei nur, dass beide Programme auf München maßgeschneidert und nicht gänzlich auf die Belange anderer Kommunen zu übertragen seien.

5 IT-Strategie vorangebracht

Hoegner zieht derweil für das Münchner Großprojekt insgesamt ein positives Resümee: „Wir tun mehr für die städtische IT-Strategie, als nur ein Betriebssystem auszutauschen. Es kommt zu einer viel stärkeren Standardisierung und Vereinheitlichung.“ Dinge, die sich über die Jahre hinweg auseinanderentwickelt hätten, seien nun wieder zusammengefügt worden, fügt Schießl hinzu. Möglichst viel der Informationsverarbeitung sei ins Web verlagert und plattformunabhängig gestaltet worden, „damit wir in zehn Jahren bei einer neuen Migration nicht vor denselben Problemen stehen.“ Es gebe nun eine „verteilte Infrastruktur, die viel stärker zukunftsorientiert ist.“

„Unser Ziel war immer, dass wir selber im Griff haben, wann wir Betriebssysteme updaten wollen“, wirft auch Hoegner einen Blick nach vorn. Dabei sei man bei der Anbindung an die Hardware zwar nicht ganz unabhängig und müsse natürlich auch am Linux-Kernel immer wieder Sachen ergänzen. Dies sei aber nicht damit verbunden, „auch gleich die Version von *KDE* ändern zu müssen.“ So könne man das System länger stabil halten, die Zyklen ein wenig verlangsamen und zumindest den Zeitpunkt für ein Update selbst bestimmen. Bei Microsoft sei man dagegen gezwungen, „immer gleich alles auszutauschen.“ Eine sofortige Ersparnis bei der Hardware sieht Schießl dagegen nicht, da besonders die graphische Benutzeroberfläche auf die Leistung gehe. „Unsere jetzigen Installationen brauchen zwar weniger Ressourcen als *Vista*, aber die gleichen wie *XP*“, führt er aus. Unschlagbar sei Linux aber bei Webservices und Kommunikationsdiensten. Hier könne man „ganz schlanke Distributionen erstellen, die auch für veraltete Maschinen zu gebrauchen sind.“

Bei den Kosten sieht Hoegner eine Chance, dass sie unterhalb der insgesamt veranschlagten 35 Millionen Euro bleiben. Der Löwenanteil von 38 Prozent davon ist für Schulungen der Mitarbeiter vorgesehen, die sich aber als weniger aufwendig gestalten als befürchtet. „Was habt ihr für ein Gschiss gemacht“, zitiert der EDV-Chef Angestellte, denen ein ganzer Tag Umschulung deutlich zu lang war. Bürgermeisterin Strobl zeigte sich bereits im Sommer 2006 nach ersten Klicks in der neuen Desktop-Umgebung von deren Benutzerfreundlichkeit überrascht: „Das sieht jetzt wirklich nicht so anders aus, als dass ich mich umschulen lassen müsste“, freute sich die bekennende Nicht-Computerexperten.

Den IT-Fachmann Hoegner plagen derweil höchstens noch die von Microsoft immer wieder geschürten Sorgen um gewerbliche Schutzrechte rund um Linux. Die wichtige Ausschreibung des Basisclients hatten die Münchner bereits im Hochsommer 2004 um wenige Wochen verschoben. Damals hatte es in der Stadtverwaltung Bedenken zu den potenziellen Auswirkungen der geplanten, letztlich vom EU-Parlament aber abgelehnten EU-Richtlinie über die Patentierbarkeit von Software gegeben. Ein Rechtsgutachten habe der Verwaltung aber die formale Rückendeckung gegeben, das Projekt weiterzuführen, blickt Hoegner zurück. Demnach seien die Risiken durch Patentverletzungen für proprietäre Software und Open-Source-Programme gleich hoch bewertet worden. Zumindest habe der kurzzeitige Stopp aber bewirkt, dass die Thematik der Softwarepatente weit grenze und nicht nur für die von der CSU belächelten „Feierabendprogrammierer“ freier Software heikel sei.

In diesem Zusammenhang beäugt Hoegner die „Nichtangriffspakte in Sachen Patente“ zwischen Microsoft und Novell beziehungsweise Sun Microsystems skeptisch. Bei Ersterem etwa werde nur der Novell-SUSE-Desktop von Patentansprüchen freigestellt, „aber nicht das, was an die Open-Source-Gemeinde abgegeben wird“. So werde der Versuch unternommen, die Entwickler freier Software „methodisch immer weiter zu isolieren von ihren Förderern im Firmenumfeld.“ Derlei Abkommen könnten letztlich dazu dienen, zunächst in den USA den Open-Source-Bereich einzugrenzen „und dann mal zu sagen, da und da gibt es Verstöße gegen unsere Patente“.

Dementsprechend behauptete Microsoft-Frontmann Ballmer im November 2006, dass Linux „unser patentiertes geistiges Eigentum nutzt“. Man könnte gewissermaßen sagen, „dass jeder, der Linux in seinem Daten-Center betreibt, ein nicht genau beziffertes Minus auf seinem Konto hat“, weitete Ballmer seinen Vorwurf der Patentverletzung auch auf alle Anwender des frei verfügbaren Betriebssystems aus. Angesichts der Funktionsweise von Open Source sei bislang niemand instande gewesen, dafür eine Freistellung von Patentansprüchen anzubieten. Rechtsexperten aus der Open-Source-Gemeinde wie die Betreiberin des Blogs *Groklaw*, Pamela Jones, bezeichneten den neuen Angriff Ballmers auf Linux jedoch als „FUD“ (*Fear, Uncertainty and Doubt*), als Streuen von Furcht, Unsicherheit und Zweifel. Der Microsoft-Chef möge doch bitte klagen, falls er sich wirklich sicher sei, Rechtsansprüche geltend machen zu können.

6 Kostendrucker Linux

Öffentliche Verwaltungen wie München gelten insgesamt als Treiber für den Einsatz von Open Source. „Der öffentliche Sektor setzt Open-Source-Software schon jetzt in überdurchschnittlichem Maße ein“, weiß Jochen Günther vom Fraunhofer-Institut Arbeitswirtschaft und Organisation (IAO). Mit weiter steigender Verbreitung sei zu rechnen. Der Forscher hat Anfang 2007 eine Studie veröffentlicht (Günther 2006), die IBM, Novell und die *Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH (WRS)* in

Auftrag gegeben hatten. Für die Erhebung schrieben Günther und seine Mitarbeiter 2000 öffentliche Einrichtungen von lokalen Behörden an, in denen die Durchdringung mit IT besonders hoch ist, bis hin zu Bundesministerien. 115 davon antworteten auf den Fragebogen. Zugleich äußerten sich 94 angesprochene Geschäftsführer oder Inhaber von IT-Unternehmen zu dem Thema.

Im Bereich der Lizenz- und Betriebskosten führt Open Source laut den Ergebnissen der Untersuchung zu teilweise erheblichen Einsparungen. 47 Prozent der Teilnehmer gehen von Kostensenkungen von mehr als 50 Prozent aus. Weitere 20 Prozent würden mit Ersparnissen von bis zu 25 Prozent rechnen. Für fast 60 Prozent der Teilnehmer gehörte die Umstellung auf freie Software zu einer mittel- oder langfristigen IT-Gesamtstrategie mit dem Ziel, systematisch betriebskritische Teile der IT-Landschaft auf Open Source zu migrieren. Der wichtigste Einsatzzweck sei für die befragten öffentlichen Einrichtungen die Ergänzung der IT durch quelloffene Anwendungen vor allem in den Bereichen Office-Anwendungen, Telefonie-Infrastruktur und Desktop-Systeme. Die meisten neu eingeführten Open-Source-Lösungen würden dabei auf den Bereich der Fachverfahren entfallen, die verstärkt mit Hilfe Open-Source-basierter Middleware realisiert werden. Das Ende des Lebenszyklus von Fachanwendungen werde dabei teilweise gezielt genutzt, um eine Plattformunabhängigkeit von Applikationen durch deren webbasierte Umsetzung zu erreichen. In diesen Zyklus würden zudem Beschaffungsentscheidungen für neue Benutzer- oder Serverplattformen fallen, die nicht mehr an die Systemanforderungen der proprietären Alt-Systeme gebunden seien.

Aufträge der öffentlichen Verwaltungen bei der Migration zu Linux gehen der Studie zufolge bevorzugt an kleinere und mittlere regionale Dienstleister. Open Source führe dadurch auch verstärkt zu regionaler Wertschöpfung und zu einem erhöhten Innovationspotenzial der IT-Unternehmen. Generell böte sich durch die Förderung freier Software die Chance, dass aus öffentlichen Mitteln wieder „öffentliche Güter“ in Form von Open-Source-Programmen erwachsen würden. Diese stünden dann sowohl öffentlichen Einrichtungen als auch IT-Unternehmen zur wirtschaftlichen Verwertung frei zur Verfügung. Mitte 2004 waren Pasche und von Engelhardt (2004) bereits zu dem Ergebnis gekommen, dass die Entwicklung von Open-Source-Software „direkt und indirekt zu einer Erhöhung der Wettbewerbsintensität im kommerziellen Sektor“ beitrage. Die Autoren sahen in ihrer Forschung auch eine direkte Erwidern auf eine Studie der Universität Münster aus 2003, die Microsoft als Jobmotor darstellte (Kooths et al. 2003a). In einer weiteren umstrittenen Analyse kamen die Münsteraner auch zu dem Schluss, dass freie Software aus volkswirtschaftlicher Sicht keine geeignete Alternative zum kommerziellen Softwaremarkt biete (Kooths et al. 2003b).

7 Das Open-Source-Ministerium

Als Musterbehörde im Sinne der Studie des IAO kann das Auswärtige Amt bezeichnet werden.² „Wir haben seit Januar 2002 die Strategie, Open Source überall einzusetzen, wo dies sinnvoll ist“, erklärt der für die IT-Ausrichtung des Außenministeriums zuständige Leiter Rolf Schuster. Inzwischen laufe nur noch auf den stationären Desktops Windows, während die Devise laute, „praktisch nur noch freie Software einzusetzen“. Ziel sei es, Lizenzkosten zu sparen und die von Microsoft diktierten Update-Zyklen nicht mehr mitzumachen. Als „legitim“ bezeichnet es Schuster zwar, dass die Redmonder ihre Geschäftsinteressen verfolgen und weiter Lobbying bei der Verwaltung betreibe. „Aber wir müssen im Interesse des Steuerzahlers handeln“, hält der IT-Experte dem entgegen. Bei *Vista* etwa kenne er keine maßgebliche Funktion, „die wir benötigen.“ Und die umfassenden Möglichkeiten des neuen *Microsoft Office* nutze eh keiner.

Die Erfolgsgeschichte von Linux im Auswärtigen Amt startete Schuster zufolge mit dem Ende 2001 begonnenen Anschluss von inzwischen 230 Auslandsvertretungen an ein hochsicheres diplomatisches Intranet. „Das war als 100-Millionen-Projekt angesetzt, aber bekommen haben wir nur 17 Millionen Euro“, erinnert sich der IT-Strategie. Also musste an allen Ecken und Enden gespart werden. Die gewählte Vernetzungslösung basiert so ausschließlich auf Open-Source-Techniken. Die Grundlage bilden Linux-Server, sowie so genannte *SINA-Boxen* der Firma *Secunet*. Diese ebenfalls gemeinsam mit dem BSI entwickelte *Sichere IntraNetwork Architektur* sorgt für die höchsten Geheimhaltungsstufen gemäß zertifizierte Verschlüsselung des gesamten Datenverkehrs im Intranet des Auswärtigen Amtes. Zusätzlich ist in jeder Botschaft ein Linux-Router installiert, der die je nach örtlichen Gegebenheiten verfügbaren Fernverbindungen ausfallsicher bündelt. Dabei handelt es sich um Breitband-Anschlüsse, welche die Botschaften direkt bei einem örtlichen Provider anmieten, um hochverfügbare IP-Anbindungen oder Satellitenverbindungen. Mit diesen sollen die Auslandsvertretungen auch dann zu erreichen sein, wenn vor Ort die Leitungen gekappt werden.

Darüber hinaus hält Linux auch verstärkt auf mobilen Rechnern der Diplomaten Einzug. „300 bis 400 entsprechende Laptops sind bereits im Umlauf“, freut sich Schuster. Als Basis komme die Debian-Distribution zum Einsatz, wobei die *SINA*-adäquate Kryptographie dieses Mal über ein Verschlüsselungsgerät mit einem USB-Smartcard-Token erfolge. An Verbindungstechniken würden GPRS, UMTS, WLAN und LAN-Anschlüsse unterstützt, bei den auf Ministerreisen verwendeten Geräten zudem tragbare Satellitenkommunikation. Dazu komme *OpenOffice.org* für die Textverarbeitung. „In einer virtuellen Maschine haben wir für den Notfall Windows noch mit drin, aber nur mit gekappten Netzverbindungen“, erläutert Schuster das Konzept.

2 Siehe zur Open-Source-Strategie des Auswärtigen Amtes auch den Artikel von Torsten Werner auf Seite 239 in diesem Buch.

Dies sei nötig, da bei manchen 200 oder 300 Seiten umfassenden Regierungsdokumenten im DOC-Format in *OpenOffice.org* nicht alle Seitenumbrüche korrekt abgebildet würden, was im diplomatischen Alltagsgeschäft zu Problemen führen könnte. Schulungen für den Umgang mit den neuen Applikationen hätten sich nicht als erforderlich erwiesen. Eine zwanzigminütige Einweisung reiche in der Regel völlig aus.

Besonders froh ist Schuster, dass das Auswärtige Amt seit der Umpositionierung „das mit Abstand günstigste Ministerium im Bund bei den IT-Kosten ist, obwohl wir unter erschwerten Bedingungen arbeiten.“ 80 Prozent der betreuten Rechner stünden im Ausland, wo schon einmal der ein oder andere Sandsturm über die Botschaften hinweggefe und die PCs oft bereits nach drei Jahren nicht mehr zu gebrauchen seien. Trotzdem hätten die IT-Ausgaben 2005 pro Kopf im Jahr bei 1 190 Euro gelegen. Andere Ministerien hätten dafür mindestens das Doppelte und teilweise bis 5 000 Euro, der Bundesrechnungshof immer noch 2 700 Euro ausgegeben. Die enormen Unterschiede, ist sich Schuster sicher, „haben mit Open Source zu tun“. Die anderen Ressorts hätten eben höhere Budgets für Informationstechnologie zur Verfügung, sodass sie bei Linux noch „mehr Zurückhaltung“ an den Tag legen würden. Wichtig sei es daher, dass zumindest die Einhaltung offener Standards für die gesamte Bundesverwaltung verpflichtend werde.

Die Koordinierungs- und Beratungsstelle der Bundesregierung für Informationstechnik in der Bundesverwaltung (KBSt) bearbeitet den Bereich Open Source und IT-Standards ressortübergreifend.³ Dabei muss sie angesichts der Eigenverantwortung der Verwaltungsebenen nicht wenig Überzeugungsarbeit leisten. „Wir stellen Informationen über Open Source zur Verfügung und weisen Alternativen zu den gängigen Betriebssystemen auf“, sagt ein Sprecher des Bundesinnenministeriums, zu dem die KBSt gehört. Gerade wenn eine Migration ins Haus stehe, würden die entsprechenden Verwaltungen dazu aufgefordert, auch über das „wohin“ nachzudenken. Weitere Hilfestellungen seien ein Migrationsleitfaden sowie der Betrieb eines Open-Source-Kompetenzzentrums. Darin werden neben einer Darstellung ökonomischer und rechtlicher Aspekte frei verfügbarer Software auch inzwischen über 100 Projekte aus der Bundesverwaltung aufgelistet, in denen Open Source zum Tragen kommt. Ansonsten gelte aber das „Neutralitätsgebot“, das gerade bei Ausschreibungen zu beachten sei.⁴

Generell nutzen dem Sprecher zufolge inzwischen „viele Ministerien und ihre nachgeordneten Behörden Open Source in irgendeiner Form“. Das Bundeswirtschaftsministerium etwa hat *Firefox* als Browser auserkoren, während das BSI auf allen Arbeitsplätzen auch *OpenOffice.org* installiert hat. Das Ministerium, das am meisten freie Software im Einsatz habe und so das beste Praxisbeispiel abgebe, dass Linux im

3 Siehe zur Arbeit der KBSt auch den Artikel von Joachim Sturm (2005) aus dem Open Source Jahrbuch 2005.

4 Der Migrationsleitfaden der KBSt in der Version 2.1 findet sich unter http://www.kbst.bund.de/Content/Software/Migration/migration__node.html. Das Kompetenzzentrum betreibt ein Web-Portal unter http://www.kbst.bund.de/Content/Software/OSS__Kompetenzzentrum/oss.html.

Behördenumfeld gut funktioniere, ist laut dem Sprecher aber das Auswärtige Amt. Als größte Vorteile freier Software gelten bei der KBSt die Stabilität der Applikationen, die große Entwicklergemeinde, der Wegfall von Lizenzkosten, die Möglichkeit, Sicherheitslücken notfalls selbst zu schließen, und der langfristige Zugriff auf den Quellcode. Microsoft betreibe dagegen „ein sehr aktives Marketing und in konkreten Fällen durchaus offensiv Lobby-Arbeit.“

8 Showdown in der Bundeshauptstadt

Kräftig kämpfen müssen die Microsoft-Lobbyisten, die inzwischen jedes bei Windows bleibende Landratsamt einer Pressemitteilung für würdig erachten, nach wie vor in Berlin. In der Bundeshauptstadt hatte der Hauptausschuss des Landesparlamentes im Dezember 2005 vom Senat einstimmig die Vorlage eines Fahrplans zur Migration auf Linux verlangt. Es sollte zunächst um die Umstellung der Server und in einem späteren Schritt auch um die Umrüstung der rund 58 000 in der Hauptverwaltung benutzten Arbeitsplatzcomputer auf alternative Betriebssysteme sowie Desktop- und Anwendungssoftware aus dem Open-Source-Bereich gehen. Weiter pochen die Abgeordneten darauf, dass bei der Beschaffung neuer Hardware auf die Eignung für die Verwendung freier Software „ohne Einschränkungen“ geachtet wird.

Insgesamt soll die Berliner IT-Landschaft dem Bestreben der Parlamentarier nach offener werden, wovon sie sich mehr Wettbewerb, weniger Abhängigkeiten und letztlich Kostenersparnisse erhoffen. „Es muss sichergestellt sein, dass bei der Beschaffung von Software offene Standards (Schnittstellen, Dokumentenformate) als Beschaffungskriterium gegeben sind“, hielten die Abgeordneten fest. Bei allen Softwarekäufen und bei der Erstellung eigener IT-Lösungen sei „strikt auf Schnittstellen- und Dokumentenformatoffenheit“ zu achten. „Tatsächliche Standards, wie beispielsweise *Open Document Format (ODT)* oder *Extensible Markup Language (XML)*“ müssten zudem im Gegensatz zu „herstellerabhängigen Quasi-Standards“ den Beschaffungs- und IT-Lösungsansätzen zu Grunde gelegt werden.

Zuvor hatte sich Microsoft mit einem bereits im Vorfeld heftig umstrittenen Lobby-Abend direkt im Berliner Abgeordnetenhaus Mitte August 2005 in die Nesseln gesetzt. Unter die etwa 50 der 141 Berliner Parlamentarier, die sich für das von einem Büfett gekrönten Informations- und Gesprächsangebot angemeldet hatten, mischten sich damals auch drei als Pinguine verkleidete Linux-Aktivisten. Die zum Dessert gereichte Mousse au Chocolat krönten zudem kleine Fähnchen, die mit den Aufdrucken „Alt+F4“ zum Schließen eines Fensters unter Windows und „Monokultur“ versehen waren. Parlamentspräsident Walter Momper stand in seiner Begrüßungsrede aber zu seiner Entscheidung, Microsoft den Festsaal des Hauses für die Konzernveranstaltung mit den Abgeordneten zu vermieten.

Einer der Auslöser für die hitzigen Aktivitäten des Softwaregiganten: Kurz zuvor hatte die Senatsverwaltung für Inneres eine Umstellung in der Hauptverwaltung von

Microsoft-Software auf Open Source grundsätzlich für machbar erklärt. Linux sei mit geringfügig niedrigeren Betriebskosten als Windows zu betreiben, so die Aussage. Die Lauffähigkeit und die Kosten für die Umstellung der Fachverfahren seien aber als „kritischer Entscheidungsfaktor“ anzusehen. Insbesondere der Ansatz einer „reinen Open-Source-Software-Landschaft“ bis zum Endgerät erschien der Behörde zweifelhaft.

Die Senatsverwaltung erklärte den Beschluss des Abgeordnetenhauses ein Jahr später trotzdem dann mit deutlicher Verspätung zu der geforderten Zeitplanerstellung für „nicht umsetzbar“ in all seinen Konsequenzen. Die angemahnte Migration hin auf freie Software erscheine „als nicht marktkonforme, technologisch und insbesondere wirtschaftlich nicht vertretbare Maßnahme“, konstatierte ein entsprechender Bericht zur Position des Parlaments im Juni 2006. Die Abgeordneten konnten darin nachlesen, dass die „vollständige Umstellung“ der Server- und Arbeitsplatzsoftware auf Linux eine „völlige Abkehr“ vom Berliner „Open-Systems-Konzept“ darstelle. Dieser „vom Senat verfolgten und dem Parlament bereits in diversen Berichten dargelegten Strategie“ gemäß sei die Hauptaufgabe die Einrichtung „offener IT-Architekturen“. Erreicht werden soll damit „die für einen wirtschaftlichen IT-Einsatz erforderliche Herstellerunabhängigkeit und Offenheit gegenüber unterschiedlichen Lösungen“.

Auch der Abschlussbericht des auf Bezirksebene zuvor durchgeführten „Open4Future“-Projekts brachte den Senat nicht von seiner Meinung ab. Die Analyse hatte zum Ziel, das in einer früheren Machbarkeitsstudie empfohlene Szenario einer gemischten Open-Source-Umgebung „unter Einsatz der Terminalserver-Technologie“ in Tempelhof-Schöneberg auszuloten. Dabei konnte die technische Umsetzbarkeit einer Lösung mit freier Software, Microsoft- und Novell-Produkten nachgewiesen werden. Auch die vorhandene „veraltete“ Hardwareausstattung war weiter nutzbar. Das Pilotprojekt demonstrierte überdies an *IPV*, *ProFiskal* und *ProInfo*, dass die Migration von Fachverfahren keine unüberwindbare Hürde darstellt. Eine Orientierung an offenen Standards und Normen sei daher künftig die wichtigste Frage bei der Realisierung von IT-Projekten, lautet das Resümee der Studie. „Wenn sich auch ein bisher anders aufgestellter Marktführer so orientiert, bleibt uns nur, von dann aus allen Anbietern – bei gleichen Leistungsdaten – den wirtschaftlichsten auszuwählen“.

9 Die Berliner Senatsverwaltung und ihre Sprechzettel

Der Senat verwies dagegen darauf, dass in der gesamten Berliner Verwaltung etwa 390 Fachverfahren eingesetzt würden und nicht alle umgestellt werden könnten. Zudem seien „Aufwandsschätzungen und Wirtschaftlichkeitsberechnungen“ im Rahmen des „Open4Future“-Projekts nicht berücksichtigt worden. Die Studie könne so nicht als Voraussetzung für landesweite Planungen gelten. In der SPD-Fraktion gab sich die Basis jedoch nicht zufrieden mit der Stellungnahme des Senats. „Die Schlange windet und windet sich“, war dort zu vernehmen. Nach „einem Vierteljahr Arbeit hoch

bezahlter Beamter und zusätzlicher Experten“ sei ein „armseliges Papier“ herausgekommen. So werde etwa die Tatsache ignoriert, dass irgendeine Migration weg von *Windows NT4* stattfinden müsse. Gleichzeitig falle kein Wort über die Kosten des Hardware-Ersatzes von mindestens einem Drittel aller Berliner Verwaltungscomputer im Fall einer Migration nach *Windows XP* oder *Vista* und des dabei ebenfalls erforderlichen Anwendungstransfers. Es gehe im Beschluss der Abgeordneten auch nicht um eine vom Senat unterstellte „Hau-Ruck-Umstellung“, sondern um mittelfristige Vorgaben für unbedingt notwendige Neubeschaffungen und Updates.

In diesem Sinne stimmte der Ausschuss für Verwaltungsreform und Kommunikations- und Informationstechnik des Berliner Abgeordnetenhauses im Juni 2006 mit den Stimmen der regierenden rot-roten Koalition gegen einen Antrag der Grünen, der eine zügige Umstellung der Server-Betriebssysteme auf Open Source erreichen wollte. „Natürlich ist der Auflagenbeschluss in der Welt“, betonte Kirsten Flesch, die für die SPD-Fraktion im Verwaltungsausschuss sitzt, während der heftigen Debatte. Er werde sicher auch im nächsten Haushaltsgesetz stehen und den Senat dadurch durch die Finanzaufteilung binden. Es gehe aber um eine strategische Zukunftsausrichtung, die sukzessive umgesetzt werden solle: „Wo es wirtschaftlich unter Vollkostengesichtspunkten möglich ist, wollen wir über offene Standards kommunizieren.“ Bei einem geschlossenen System und nicht zusammenpassenden Schnittstellen dürfe es nicht bleiben. Eine Mehrheit erhielt so der Vorschlag von SPD und Linkspartei, zunächst im Rahmen einer Anhörung das weitere Vorgehen rund um eine Öffnung der Computerplattformen in der Hauptstadt durchzuführen. Einen Termin dafür gab es bis Ende Februar 2007 aber noch nicht.

Der Berliner IT-Staatssekretär Freise versuchte im Rahmen der heftigen Diskussion, die zaudernde Haltung des Senats zu untermauern. Würde das Begehren des Hauptausschusses „im O-Ton“ umgesetzt, würde Berlin seiner Ansicht nach „gegen das Haushalts- und Vergaberecht“ verstoßen, knüpfte er an die von Microsoft schon gegenüber München vorangetriebene Argumentationsweise an. Gleichzeitig machte Freise die den Genossen in der bayerischen Landeshauptstadt so übel aufgestoßene falsche Bemerkung mit dem angeblichen Scheitern der Linux-Migration bei den Pionieren im Süden.

Als „traurig“ empfindet es Gunnar Stöcker, ehemaliger Leiter der Berliner Geschäftsstelle zur Koordinierung und Beratung bezirklicher IT-Verfahren (KoBIT), nach wie vor angesichts dieses Vorfalls, „dass Staatssekretäre von Sprechzetteln leben“. Das entsprechende Memo eines eigentlich für Ausschreibungsrecht zuständigen und damit nicht so stark mit IT-Lösungen erfahrenen Referatsleiters hat der Vorruheständler genauso in der Schublade wie ein „vertraulich“ gekennzeichnetes „internes Arbeitspapier“ von Microsoft zu der von ihm betreuten Machbarkeitsstudie für den Einsatz freier Software in der Bezirksverwaltung. Das 22-seitige Werk lässt naturgemäß kein gutes Haar an den Empfehlungen der KoBIT, da diese verschiedene Gebiete „nur unvollständig“ und andere gar nicht betrachtet habe. Natürlich dürfe man den Wett-

bewerb nicht unzulässig einschränken, lautet Stöckers Devise. Aber man müsse offene Standards und Normen etwa den ISO-Festsetzungen gemäß vorgeben. Nur wer diese einhalte, könne mitspielen. Unverzeihlich sei es dagegen, wenn die Senatskanzlei in einer Tischvorlage vorschlage, den ISO-Standard für Zeichensätze für Berlin nicht mehr für verbindlich zu erklären, weil Microsofts *Internet Explorer* dazu nicht kompatibel sei. „Wir müssen uns lösen von Anbietern und Herstellern, die uns beherrscht haben“, hält der IT-Experte derlei Ansinnen entgegen. Mehr Offenheit sei gefragt, etwa auch, wenn *Novell* sich im Netzwerkbereich eine vorherrschende Präsenz zu schaffen suche. Krude sei daher das Pochen auf das Vergaberecht: „Ich musste für jeden Bleistift drei Angebote einholen, aber dann verschwenden wir Geld für Microsoft, obwohl wir die Computer nur als bessere Schreibmaschine gebrauchen.“

Stöcker widerspricht zudem der Behauptung Freises, wonach der Senat den Auflagenbeschluss des Parlaments schon „in annähernd allen Punkten“ umsetze und zur Strategie der Herstellerunabhängigkeit stehe. Er verwies darauf, dass der KoBIT bei der Umsetzung der Ergebnisse des Projekts *Open4Future*⁵ Steine in den Weg gelegt würden. In einem Parallelbetrieb mit der vorhandenen Technik wollte die Einrichtung ursprünglich noch 2006 genaue Wirtschaftlichkeitszahlen vorlegen. Weder Verantwortliche in dem ausgesuchten Bezirk noch in der Finanzverwaltung hätten die Tester aber ans Werk gelassen, da Anwendungen teilweise nur für einen Windows-Client freigegeben seien, beklagt Stöcker. Er spricht von einem „Tippel-Tappel-Weg“ in Richtung offener Standards, da sich in Berlin neben dem Senat und dem Abgeordnetenhaus anders als etwa in München auch noch zwölf Bezirke zusammenraufen müssten.

Als letzten Handstreich vor seinem Ausscheiden aus der KoBIT schaffte es Stöcker Anfang 2007 noch, zumindest ein Pilotprojekt zur Nutzbarkeit von *OpenOffice.org* im Vergleich zu Microsofts Bürosoftware im Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg an den Start zu bekommen. Dabei sollen innerhalb von vier bis sechs Wochen Erfahrungen der jeweiligen Nutzer dokumentiert werden. Leitlinien des Projekts sind die Kostenminimierung, die Herstellerunabhängigkeit und die Plattformneutralität beim Einsatz neuer Office-Lösungen. Zudem soll auf die strikte Einhaltung offener Standards geachtet werden. Bedeutsam ist der Test laut der Projektskizze, weil der überwiegende Anteil der Arbeitsplatzrechner in der Berliner Verwaltung noch *Windows NT 4.0* als Betriebssystem und *Microsoft Office 97* für die Bürokommunikation nutze und damit Aktualisierungen aufgrund mannigfaltiger technischer und prozessualer Anforderungen unvermeidbar seien.

Stöcker hofft, dass das Votum der vorgesehenen rund 14 Berliner Tester sich *OpenOffice.org* zuneigt. Freie Software ist für ihn „nicht nur ein IT-Phänomen, sondern hat einen hohen gesellschaftlichen Anspruch. Wir kommen weiter, wenn wir Dinge offenlegen, jeder zur Verbesserung beitragen kann und die Entwicklungen für

5 Der Projektbericht findet sich unter <http://www.parlament-berlin.de/ados/Haupt/vorgang/h15-3130.C.Anlage-v.pdf>.

alle zur Verfügung gestellt werden.“ Auch Thomas Birk von der Fraktion der Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus erwartet, dass der Senat sich nicht nur pro forma vom Umzug des Linuxtags – als eines der auch politisch maßgeblichen Open-Source-Stellidcheins – nach Berlin begeistert gezeigt habe. Vielmehr müsse nun eine echte „IT-Standortstrategie“ mit einem Bekenntnis zu freier Software folgen.

Literatur

- Günther, J. (2006), Open Source Software – Strukturwandel oder Strohfeuer?, Trendstudie, Fraunhofer Institut Arbeitswirtschaft und Organisation. Herausgegeben durch Dieter Spath. http://www.iao.fraunhofer.de/d/oss_studie.pdf [25. Feb 2007].
- Heckmann, D. (2004), Open Source – Closed Shop? Vergaberechtliche Anforderungen an behördliche IT-Ausschreibungen zugunsten von Open Source Software, Wissenschaftliches Rechtsgutachten, Universität Passau. Im Auftrag der Microsoft GmbH, <http://www.innregio.de/osvergabegutachten.pdf> [25. Feb 2007].
- Hoegner, W. (2006), Das Projekt Linux – Freie Software für die Münchner Verwaltungsclients, in B. Lutterbeck, M. Bärwolff und R. A. Gehring (Hrsg.), ‘Open Source Jahrbuch 2006 – Zwischen Softwareentwicklung und Gesellschaftsmodell’, Lehmanns Media, Berlin, S. 59–72. <http://www.opensourcejahrbuch.de> [25. Feb 2007].
- Kooths, S., Langenfurth, M. und Kalwey, N. (2003a), Die Bedeutung der Microsoft Deutschland GmbH für den deutschen IT-Sektor (Economic Impact Study), MICE Economic Research Study Volume 3, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Muenster Institute for Computational Economics. http://mice.uni-muenster.de/mers/mers3-EconomicImpact_de.pdf [25. Feb 2007].
- Kooths, S., Langenfurth, M. und Kalwey, N. (2003b), Open Source-Software: Eine volkswirtschaftliche Bewertung, MICE Economic Research Study Volume 4, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Muenster Institute for Computational Economics. http://mice.uni-muenster.de/mers/mers4-OpenSource_de.pdf [25. Feb 2007].
- Pasche, M. und von Engelhardt, S. (2004), Volkswirtschaftliche Aspekte der Open-Source-Softwareentwicklung, Jenaer Schriften zur Wirtschaftswissenschaft 18/2004, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Friedrich-Schiller-Universität Jena. <http://www.wiwi.uni-jena.de/Papers/wp-sw1804.pdf> [25. Feb 2007].
- Sturm, J. (2005), Die Open-Source-Strategie der öffentlichen Verwaltung, in B. Lutterbeck, R. A. Gehring und M. Bärwolff (Hrsg.), ‘Open Source Jahrbuch 2005 – Zwischen Softwareentwicklung und Gesellschaftsmodell’, Lehmanns Media, Berlin, S. 17–23. <http://www.opensourcejahrbuch.de> [25. Feb 2007].